

## 1.Mai: Eine Nachlese



Strahlender Sonnenschein empfing die Besucher des Volksfestes auf dem Kastanienplatz in Rostock. DIE LINKE hatte zusammen mit der SPD, Bunt statt braun, Rostocker Stadtjugendring, Bündnis90/Die Grünen, FDP, DGB, Aufbruch 09 und dem Mau-Club eingeladen, um zusammen den 1.Mai zu feiern. Als Hauptprogramm punkt war die Podiumsdiskussion mit Karina Jens (Bürgerschaftspräsidentin Rostock, CDU), Steffen Bockhahn (Landesvorsitzender der DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern und MdB), Harald Terpe (MdB, Bündnis90/ Die Grünen), Jochen Schulte (MdL, SPD) und Rolando Schadowski (Mitglied der Bürgerschaft Rostock, FDP) zum Thema Mindestlohn angesetzt, die mit regem Interesse verfolgt wurde. Für musikalische Unterhaltung sorgten „Käckenheim“ und „Johnny Rules“ aus Rostock.

Foto: Jörn Schulz

## In dieser Ausgabe

■ Seite 2: Editorial  
■ Seite 3: Selbstbetrachtung  
Seite 4: Landespartei-  
tag  
Seite 5: tag  
Seite 6: Girl's Day  
Seite 7: Kleingärten  
Seite 8: Bürgerschaft HRO

Seite 9: Veranstaltungen  
Seite 10: Seniorenpolitik  
Seite 11: Landtag  
Seite 12: Humanismus  
Seite 13: Lesermeinungen  
Seite 14: verschiedenes  
Seite 15: Termine

# Editorial

## Liebe Leserinnen und Leser,

das ist mein erstes Editorial. Ich habe es bis Redaktionsschluss mehrfach überarbeiten müssen, denn DIE LINKE kommt nicht zur Ruhe. Der Rücktritt von Birgit Schwesb hat mich erschüttert, denn sie ist eine unserer Besten. Unverzichtbar, wie so viele GenossInnen, die in den letzten Wochen an einen Rückzug dachten. Und nun? Lasst uns kritisch über das Gewesene diskutieren, aber unter uns. Erinnern wir uns vor allem daran, für wen wir Politik machen. Für die Menschen, nicht für uns selbst. Aufgeben geht nicht, denn das Land und seine Menschen brauchen linke Politikangebote. Unser Landtagswahlprogramm ist voll von solchen Angeboten. Lasst sie uns offensiv an die Menschen herantragen. Unser Programm zur Landtagswahl wurde einstimmig von den Delegierten des Parteitags verabschiedet. Von unüberwindbaren inhaltlichen Gegensätzen also

keine Spur. Und die letzten Umfragen geben Anlass zu Hoffnung: 20 Prozent. Die Chancen, die CDU aus der Regierung und die FDP aus dem Landtag zu kegeln, sind so gut wie schon lange nicht.

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht  
Carsten Penzlin

## KLARTEXT online

### Frischer Wind für die Landespolitik

„Ich freue mich, dass junge und kompetente Kandidatinnen und Kandidaten gewählt wurden. Die neue Fraktion wird dadurch eine recht ausgeglichene Altersstruktur haben“, so Lars Kulesch, Vorsitzender der LAG Junge Fraktion. „Darauf haben wir in den vergangenen Monaten hingearbeitet.“

Es wurden allein sieben Kandidat/innen aus den Reihen der Jungen Fraktion für die Aufstellung der Landesliste ins Rennen geschickt. Mit Jacqueline Bernhardt (Südwestmecklenburg) auf Platz drei der Landesliste, Jeannine Rösler (Demmin) auf Platz sieben und Henning Förster (Schwerin) auf Platz 12 haben am vergangenen Wochenende drei Mitglieder der Jungen Fraktion die sogenannten „aussichtsreichen Listenplätze“ erreicht. Die drei Kandidat/innen verfügen über jahrelange kommunalpolitische Erfahrung und umfangreiche Kompetenzen unter anderem in den fachpolitischen Bereichen Europa und Recht, Kommunales, Finanzen, Arbeitsmarkt und Gewerkschaftspolitik. „Uns ist es wichtig, dass sich junge Men-

schen durch das politische Handeln der LINKEN angesprochen und im Landesparlament gut vertreten fühlt“, so Lars Kulesch weiter. Das gelingt nur, wenn auch junge Menschen im Parlament vertreten sind, die die Lebenswelt der jüngeren Bevölkerung kennen. Wir wissen, welche Fragen den jungen Leuten unter den Nägeln brennen – Fragen nach den Perspektiven der Lebensgestaltung in beruflicher und privater Hinsicht und hinsichtlich der Verwirklichung ihrer Vorstellungen von einem erfüllten und selbstbestimmten Leben.

Wir wollen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, das Land aktiv mitzugestalten. Wir wollen, dass sie selbstbestimmt ihre Zukunft planen können. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten nehmen ihre Aufgabe sehr ernst und stellen sich mit Tatendrang den Herausforderungen der Zukunft. „Wir wollen Politik mit und für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern machen.“ so Lars Kulesch abschließend.

# Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE.Rostock  
Geschäftsstelle Rostock  
Stephanstraße 17  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: [info@dielinke-rostock.de](mailto:info@dielinke-rostock.de)  
Internet: [www.dielinke-rostock.de](http://www.dielinke-rostock.de)

Kreisvorstand DIE LINKE.Bad Doberan  
Geschäftsstelle Bad Doberan  
Marktstraße 1  
18209 Bad Doberan  
Telefon: 038203-62391  
Telefax: 038203-62180  
E-Mail: [dbr@die-linke-mv.de](mailto:dbr@die-linke-mv.de)  
Internet:  
[www.dielinke-baddoberan.de](http://www.dielinke-baddoberan.de)

Kreisvorstand DIE LINKE.Güstrow  
Geschäftsstelle Güstrow  
Markt 34  
18263 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: [guestrow@die-linke-mv.de](mailto:guestrow@die-linke-mv.de)

Redaktion:  
Edeltraud Crepon,  
Maren Haase, Lars Kulesch,  
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,  
Katharina Schlaack

Internet:  
[www.klartext.linkspartei-rostock.de](http://www.klartext.linkspartei-rostock.de)  
E-Mail: [redaktionklartext@yahoo.de](mailto:redaktionklartext@yahoo.de)

Layout:  
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner  
Auflage: 1.300

#### Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan:	Rostock:
KNr: 1015583	KNr: 430002084
BLZ: 13061128	BLZ: 13050000
Raiffeisenbank	OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:  
2,00 € pro Monat  
(Spende + Versandkosten)

# Haben wir zu viel (von uns) erwartet? -Eine Auseinandersetzung mit uns selbst.-

Der Wahlsieg der Grünen hat mit unserer Wahl-niederlage wenig zu tun. Ohne ins Jammertal fallen zu wollen, bezeichnen manche GenossInnen die Wahlniederlagen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz als Desaster, als sozial-politischen Verlust. Eigentlich sah doch alles so gut aus: Die Durchsetzungskraft linker Alternativangebote zeigte sich in Hamburg, in Nordrhein-Westfalen und in vielen anderen Regionen, wo DIE LINKE in Landtagen und Gemeindevertretungen aktiv ist. Vor allem die Ergebnisse der Bundestagswahl 2009 hatten den Erfolg linker Perspektiven bescheinigt und hohe Erwartungen an die Landtagswahlen gestellt. Die Konzepte der Partei schienen angenommen, ihre gesellschaftspolitischen Ziele befürwortet zu werden. „DIE LINKE hat sich etabliert“ – so tönte es auf Parteitagen und auf diesem Verständnis fußten die selbstbewussten Parolen der Parteispitze. Die Hoffnungen, es könne so weitergehen, schienen also gerechtfertigt zu sein.

„Stell Dir mal vor, die würden dann Kommunismus machen!“- Warum konnten sich linke Themen im Ländle nicht durchsetzen?

Im Vergleich zu M-V muss gesagt werden: Die Gesellschaftsstruktur im Südwesten Deutschlands ist ganz anders. Wohlhabender, konservativer, jetzt noch grüner. Und weniger gebeutelt von Zukunftsängsten, Arbeitslosigkeit oder einem weit verbreiteten, Existenz bedrohenden Niedriglohnsektor. Dazu kommt der Einfluss der Kirche, die grundlegender Bestandteil des alltäglichen Lebens ist. Wozu bräuchten die Schwaben DIE LINKE?

Wir sagen: Sozial geht nur mit uns! Wer den Süden besucht und dort Gespräche über einen demokratischen Sozialismus führt, wird schnell auf Vorurteile und damit verbundene Ängste stoßen. Die Theorie-Debatten der LINKEN wirken abschreckend, fast anarchistisch, auf die dortigen BundesbürgerInnen. Einzelne Aspekte linker Politik können durchaus mitgetragen werden, aber das „Große Ganze“ – das Fundament der LINKEN- passt nicht in den Südwesten. Zumal dieses Fundament

von der Partei selbst noch immer heiß diskutiert wird. Es ist nicht zu unterschätzen, dass die Baden-Württemberger sehr genau wissen aus welcher alten Partei sich auch die Mitglieder der jetzigen LINKEN speisen. Auch deshalb ist die Nachwuchsförderung in der Partei so wichtig. Dazu meinte kürzlich eine junge Genossin aus Rostock: „Wir sind nicht WASG, wir sind auch nicht PDS, wir sind DIE LINKE!“.

Sind wir nur sozial gerecht?

Ist der Erfolg der LINKEN abhängig von der aktuellen Großwetterlage? DIE LINKE begreift sich als neue Partei, die den Weg in eine veränderte Gesellschaft anstrebt. Eine Gesellschaft, die sozial gerecht,



emanzipiert, kinderfreundlich, einfach nah am Menschen ist. Unser Kernziel ist die soziale Gerechtigkeit, unser Credo ist der kritische Umgang mit dem Kapitalismus. So verstehen wir uns und das sollte auch so bleiben! Aber werden wir so auch verstanden? Wer ist DIE LINKE überhaupt? Der eigene Diskurs über einen radikalen Wandel der Gesellschaft, über antikapitalistische Politik, schreckt den Südwesten ab. Warum? Weil er ihn noch nicht braucht, diesen Wandel.

Was passiert nun mit unserer Strategie?

DIE LINKE ist die Partei der sozial Benachteiligten und derer, die erkannt haben, dass das kapitalistische System in eine soziale, wirtschaftliche und ökologische Sackgasse führt.

Steffen Bockhahn, Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, meint: „Unsere Angebote müssen nicht so radikal

wie möglich, sondern so glaubwürdig wie möglich sein.“ Die Bundestagsabgeordnete Halina Wawzyniak sagte dazu, DIE LINKE müsse künftig mehr in gesellschaftliche Debatten eingreifen. Doch was meint sie damit? Der hessische Abgeordnete Wolfgang Gehrcke vom linken Parteiflügel meint, die Partei müsse breitere Bevölkerungsschichten so ansprechen, dass sie von diesen dann auch gewählt werde.

Stehen sich ‘Pragmatiker’ und ‘AKL & KPF’ erneut gegenüber? Demokratie, Sozialismus oder demokratischer Sozialismus? Revolution oder langsamere Entmachtung des Kapitalismus auf demokratischen Wegen? Die Existenz verschiedener Ideen ist Ausdruck einer innerparteilichen Demokratie. Da brauchen wir nur auf die aktuelle Programmdebatte der LINKEN zu schauen. Auch wenn uns die innerparteiliche Profil-Diskussion manchmal lähmt und manchmal auch Stimmen kostet, muss sie dringend zu Ende geführt werden. Ehrlich, respektvoll und konstruktiv. Doch auf ein gemeinsames Minimum sollten wir uns einigen, damit sich die Menschen mit uns identifizieren können und erkennen, wer wir sind. Für eine erfolgreiche Wahl 2011:

DIE LINKE bietet bürger- und lebensnahe Lösungen der Probleme, die als negative Folgen des kapitalistischen Systems auftreten. DIE LINKE fordert soziale Gerechtigkeit, Menschlichkeit und eine konsequente Friedenspolitik. DIE LINKE engagiert sich für Gleichstellung, Emanzipation und eine kinderfreundliche Gesellschaft. DIE LINKE will eine solidarische Gesellschaft, in der jeder soziale Verantwortung übernimmt.

Wir brauchen jetzt Mut. Mut für uns selbst und die Kraft, für unsere Überzeugungen einzustehen. Wir sollten selbstbewusst auftreten und der SPD hierzulande klar machen, dass DIE LINKE die wahre soziale Partei ist.

Wir sind die Partei für die Menschen.

Eva-Maria Kröger, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE in der Rostocker Bürgerschaft



# Rede von Steffen Bockhahn auf dem Landesparteitag

## Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste des Parteitages der LINKEN,

wir haben ein großartiges Wochenende vor uns. In einer der schönsten Ecken unseres Landes treffen wir uns mit Freunden und Weggefährten, um zwei Tage lang ganz viel Zeit miteinander zu verbringen, viel zu reden und Pläne für die Zukunft zu machen. Mehr kann man von einem gelungenen Wochenende kaum erwarten.

Natürlich ist das nicht die ganze Wahrheit. Aber wir sollten uns bei allen schwierigen Entscheidungen dieses Wochenendes immer deutlich machen, dass wir zusammengehören, dass wir die Aufgabe haben, klug zu entscheiden und dieser Parteitag trotz aller Differenzen auch Spaß machen darf. Wahrscheinlich wird kaum einer von uns morgen Abend

mit allen Entscheidungen dieses Wochenendes zufrieden sein. Da wird es Absätze im Wahlprogramm geben, die einzelnen nicht so gut gefallen. Da wird es Platzierungen auf der Landesliste geben, die man sich anders gewünscht hätte. Am Ende dieses Wochenendes haben wir aber Beschlüsse, die eine Mehrheit hatten und die dann unsere gemeinsame Grundlage für den Wahlkampf sind. Deswegen sollten wir uns um eine klare Richtung und deutliche Signale, aber auch um eine große Breite bemühen. Wir haben eine große Vielfalt und sind gut beraten, diese als einen Vorteil zu sehen. Vielfalt darf aber auch nicht zur Beliebigkeit werden. Wir werden heute unser Wahlprogramm beschließen und damit etwas versprechen. Wir werden den Wählerinnen und Wählern in Mecklenburg-Vorpommern versprechen, dass DIE LINKE in unserem Land etwas tun wird, um

für mehr soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit mit Existenz sichernden Löhnen, für eine bessere Bildung und ein Ende mit dem Chaos an unseren Schulen und auch für lebenswerte und lebensfähige Kommunen zu sorgen. DIE LINKE ist eine Partei, die sich zuerst um die Probleme vor Ort und um die Menschen kümmert, nicht zuerst um die Profithoffnungen von Stromkonzernen, Großbanken oder Spekulanten. Das gilt für Mecklenburg-Vorpommern und das gilt auch für unsere Bundespartei. Die steht zurzeit nicht besonders gut da. Da

sam daran arbeiten, dass wir glaubwürdige Politikangebote entwickeln, von denen die Wählerinnen und Wähler auch glauben, dass wir sie umsetzen können. Unser Wahlprogramm heute kann da ein Anfang sein, der Entwurf ist eine gute Grundlage dafür. Ganz wichtig ist in diesen Tagen, dass wir unseren Optimismus nicht verlieren. Lasst uns miteinander Zuversicht ausstrahlen. Zuversicht, dass unser Land mit der richtigen Politik eine gute Zukunft haben wird, Zuversicht, dass wir, dass DIE LINKE dafür die richtigen Ideen hat und Zuversicht,

dass wir am 4. September einen großen Zuspruch erfahren werden. Klar ist, dass wir dafür auch Rückenwind aus Berlin brauchen und der Wind dafür noch etwas drehen muss. Aber wer, wenn nicht wir in Mecklenburg-Vorpommern soll sich mit Wind auskennen?

Liebe Genossinnen und Genossen,

etwas zu beschönigen wäre nicht ehrlich und bringt keinem etwas. Nach akzeptablen Ergebnissen in Hamburg und Sachsen-Anhalt, haben wir bei den Wahlen vor zwei Wochen schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Mit diesen Ergebnissen hat keiner gerechnet und gewünscht haben wir uns alle zusammen etwas anderes. Nun liegt es an uns ganz allein, was wir aus dieser Situation machen. Ein weiter so kann es nicht geben. „Keine Fehlerdiskussionen jetzt, Genossen“ hat noch nie geholfen. Allein an der Katastrophe in Japan hat es bestimmt nicht gelegen. Wir haben mit Sicherheit auch selbst Fehler gemacht und die müssen wir jetzt zügig analysieren und dann Konsequenzen daraus ziehen. Eine Radikalisierung halte ich für den falschen Weg. Für einen Kampf „wir gegen alle“ werden wir sicher auch nicht grenzenlose Zustimmung erhalten. Lasst uns gemein-

wir haben so viel Gegenwind gespürt, als wir uns als erste für einen gesetzlichen Mindestlohn eingesetzt haben. Schwarz-gelb sowieso, aber auch rot-grün haben uns dafür so scharf angegriffen, als drohte der Untergang des Abendlandes oder schlimmeres. Heute behaupten SPD und Grüne für Mindestlöhne zu sein. Aber was passiert? CDU und FDP blockieren das um die Wette und die SPD schließt faule Kompromisse ab. Manuela Schwesig redet nicht gern darüber, Fakt ist aber, dass sie zugestimmt hat, dass ostdeutsche Leiharbeiter wieder gegenüber westdeutschen benachteiligt werden. Sie hat verhandelt, dass es unterschiedlich hohe Mindestlöhne in den neuen und den alten Ländern geben wird. Das passt gar nicht zu den Reden des Ministerpräsidenten über die nötige Ost-West-Angleichung. Es macht aber deutlich, dass die SPD Druck von





links braucht und dass sie mit der CDU ihre Forderungen nicht umsetzen kann. Erst bei der LINKEN abschreiben und dann schlecht umsetzen, das ist derzeit die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, weil sie sich aus der Gefangenschaft der CDU, die alles was sozial ist, blockiert, noch nicht befreien will. Wir wollen, dass Leiharbeit zurück gedrängt wird. Gerade bei uns im Land ist Leiharbeit in vielen sonst hoch gelobten Unternehmen der Regelfall. Dagegen wollen wir etwas tun. DIE LINKE will reguläre Arbeitsverhältnisse und gleiche Löhne für gleiche Arbeit. Wenn die SPD das auch will, stehen wir bereit. Wenn sie das nicht will, kann sie mit der CDU weitermachen, die will das nämlich auch nicht.

Die Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern kann man nur mit einem Wort zusammenfassen: katastrophal. Soziale Ausgrenzung, extrem hohe Abbrecherzahlen, Unterfinanzierung, Personalmangel, problematische Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer und Wildwuchs bei Privatschulen. Die CDU hat mit dem Bildungsminister Henry Tesch in den letzten fünf Jahren in dramatischer Weise gezeigt, dass sie es nicht kann. Die Situation an den Schulen hat sich alles andere als verbessert. Für die kommenden fünf Jahre sind die bildungspolitischen Forderungen der Union diese: Alle Kinder sollen das Mecklenburg-Lied lernen, wobei ich mich frage, wie die Vorpommern das finden. Die Bundeswehr soll an den Schulen ungestört für Nachwuchs werben dürfen und überall sollen Deutschlandfahnen zu sehen sein. Mal abgesehen davon, was im Einzelnen von diesen Plänen zu halten ist: die Probleme der Bildungslandschaft in unserem Land werden so garantiert nicht gelöst. Wir haben Bildung zu einem der wichtigsten Themen in unserem Wahlprogramm gemacht und haben dafür gute Gründe. Ich freue mich ganz außerordentlich, dass wir in diesem Politikfeld über so viel Kompetenz verfügen. Mit Andreas Bluhm haben wir einen der

anerkanntesten Bildungsexperten des Landes in unseren Reihen. Mit Simone Oldenburg, einer jungen Schulleiterin aus Nordwestmecklenburg kandidiert eine Frau für uns, die weiß, worum es geht und was zu tun ist. Sie hat sich entschieden, mit uns und für uns Politik im Landtag zu machen, ist neu zu uns gekommen und bringt sich schon seit einigen Jahren in der LAG Bildung ein. Ich finde, wir sollten mit Simone ein deutliches Zeichen setzen, dass die Bildungspolitik für uns ein ganz wichtiges Thema ist und das auch auf der Liste zum Ausdruck bringen. Der Landesvorstand hat beschlossen, zu empfehlen, Simone Oldenburg auf Platz zwei der Landesliste zu wählen. Darüber hinaus empfiehlt der Vorstand, dass André Brie auf einen aussichtsreichen Listenplatz kommt. André ist ein großer Gewinn für uns und dass er mit uns im Landtag Politik machen möchte, ist eine Chance, die wir uns nicht entgehen lassen sollten.

Liebe Genossinnen und Genossen, Mecklenburg-Vorpommern braucht eine bessere Politik und wir haben dafür Angebote. Mit der CDU wird es hier nicht vorwärts gehen und die SPD muss sich ent-

scheiden, was ihre Versprechen wert sein sollen. Denn soziale Politik gibt es in diesem Land nur mit uns. Wir wollen wieder Verantwortung in Mecklenburg-Vorpommern übernehmen. In den neuen Kreistagen wollen wir starke Fraktionen stellen und mit ihnen möglichst viele Landräte der LINKEN unterstützen. Und wir wollen im Landtag deutlich zulegen. Das wird aber nur funktionieren, wenn wir uns an diesem Wochenende eine gemeinsame Grundlage schaffen und sie akzeptieren. Es wird uns bestimmt niemand wählen, weil wir ab Montag darüber diskutieren, womit wir im eigenen Laden nicht glücklich sind. Für unsere Angebote bei sozialer Gerechtigkeit, Bildung, Wirtschaft und Arbeit, im Umweltschutz, den unser Umweltminister Wolfgang Methling in diesem Land geprägt hat, wie kaum ein zweiter, können wir Zustimmung bekommen. Lasst uns dafür gemeinsam kämpfen. Mecklenburg-Vorpommern hat eine starke LINKE verdient und Wahlerfolge machen mehr Spaß, als Grabenkämpfe!

Fotos: Jörn Schulz



# Männer haben das politische Sagen – Frauen können das ebenso gut!

Der Girls' Day, der Mädchen Zukunftstag am 14. April, stand in der Geschäftsstelle auch in diesem Jahr wieder unter dem Motto: Mädchen in die Politik! „Wir wollen Schülerinnen an das Berufsfeld Politik he-

Und je höher die Ebene, desto dünner werde die Luft für Frauen. „Bei den Abteilungsleitern in den oberen Landesbehörden sind gerade mal neun Prozent weiblich, und im Parlament sind von den

thling.

**Organisiert und durchgeführt hatten den Girls's Day die Genossinnen Eva-Maria Kröger (unsere Fraktionsvorsitzende in der Rostocker Bürgerschaft) und Katharina Schlaack (Mitarbeiterin unserer Abgeordneten Regine Lück).**

In Gesprächs- und Fragerunden erfuhren die Mädchen, was eine Politikerin macht und was sie bewegen kann.

Fotos: Jörn Schulz



ranführen und ihnen zeigen, dass Politik Frauen braucht und dass Frauen mindestens ebenso gut geeignet sind wie Männer Politik zu machen“, erklärte der Kreisvorsitzende Genosse Wolfgang Methling.

Unsere Partei geht hier mit gutem Beispiel voran, haben wir doch eine Mindestquotierung.

„Wenn wir allerdings über unsere Partei hinausschauen, müssen wir feststellen, dass Frauen in allen politischen Ebenen unterrepräsentiert sind“, sagte Methling.

71 Abgeordneten lediglich 16 Frauen“, so Methling.

Am Girls' Day hatten fünf Mädchen im Alter von 12 bis 16 Jahren die Möglichkeit, Einblicke in die parlamentarische Arbeit zu erlangen. „So konnten sie ihre eigenen Interessen, Fähigkeiten und Neigungen erkunden in einem Berufsfeld, das leider noch immer eher Männern vorbehalten ist“, sagte Me-



# An der Seite der Kleingärtner



Auf Einladung der LINKEN kamen am 11. April erneut deutlich mehr als 100 Gartenfreundinnen und Gartenfreunde in den Saal des NORDLICHTS in Lichtenhagen. Die Versammlung wurde von Dr. Carsten Penzlin, stellvertretender Kreisvorsitzender der DIE LINKE, moderiert.

Prof. Dr. Eckstädt, Siedlungswasserexperte der Universität Rostock, plädierte in seinem Vortrag für differenzierte Vereinskonzeppte bezogen auf die jeweiligen Kleingartenanlagen. Notwendig ist es, Kleinstkläranlagen mit einfachem Standard zuzulassen. Die bisher auf dem Markt verfügbaren Kleinkläranlagen sind für Kleingärten überdimensioniert und zu teuer. Unter seiner Leitung sei bereits eine einfache Kleinstkläranlage entwickelt worden, so Eckstädt. Bisher gäbe es jedoch noch keine positiven Signale aus dem Ministerium. Notwendig sei ein Erlass, der solche Anlagen als genehmigungsfähig erkläre sowie eine Förderung der weiteren Entwicklungs- und Zertifizierungskosten.

Ida Schillen, DIE LINKE Rostock Nord-West, hob hervor, dass auch aus dem Kreis der Gartenfreunde Konzepte für einfache Kleinstkläranlagen im Eigenbau vorlägen. Das Abwasserproblem müsse vorrangig an Ort und Stelle gelöst werden, da die Abfuhrkosten zu hoch seien und in vielen Bereichen technisch gar nicht möglich aufgrund der Wegebeschaffenheit und des hohen Grundwasserspiegels. Am vergangenen Freitag habe Minister Backhaus sich in einem Gespräch mit Kleingärtnern beweglich gezeigt, weiter

auf die Forderungen der Gartenfreunde einzugehen, vor allem im Hinblick auf die finanzielle Förderung umweltfreundlicher Lösungen. Damit sich tatsächlich etwas tue, so Ida Schillen, sei jedoch weiterhin der Druck aus den Verbänden und der Politik notwendig.

DIE LINKE hat sowohl im Landtag als auch in der Bürgerschaft entsprechende Anträge eingebracht. Die beiden Landtagsabgeordneten Birgit Schwebs und Prof. Dr. Wolfgang Methling informierten über ihre Initiative im Schweriner Landtag, die jedoch in der Sitzung am 13. April keine Mehrheit. Im Antrag der LINKEN wurde die Landesregierung aufgefordert, verbindliche Kriterien zu nennen und auch die finanzielle Förderung der Abwasserentsorgung auf die Kleingärten auszuweiten. Der Antrag wurde von der SPD so verstümmelt, dass eine Zustimmung nicht mehr möglich war.

Am 13. April entschied auch die Rostocker Bürgerschaft über einen Antrag der Linksfraktion (siehe auch den Bericht von Maren Haase auf Seite 8). Vor allem auf Betreiben der SPD kam keine Mehrheit zustande. Angesichts der mehr als 2500 Widersprüche gegen die Allgemeinverfügung des Umweltamtes fordert die Linke den Oberbürgermeister trotzdem weiterhin auf, differenzierte auf die jeweilige Kleingartenanlage bezogene Konzepte mit den Vereinen zu entwickeln und darin auch auf die Einzelbelange der Kleingärtner einzugehen und erforderliche Ausnahmen zu ermöglichen. Außerdem wird gefordert, dass kostengünstige, was-

sersparende und umweltfreundliche Abwasserlösungen vorrangig gefördert und dafür Anreize geschaffen werden. Hierzu muss sich auch die Stadt bewegen.

Text: Ida Schillen (Ergänzungen durch Carsten Penzlin)

Foto: Nico Burmeister





## Bürgerschaftssitzung vom 13. April 2011

Die Bürgerschaft stimmte erneut aufgrund eines Widerspruchs des Oberbürgermeisters über den Haushaltsplan 2011 ab. Eva-Maria Kröger, Fraktionsvorsitzende der LINKEN dazu:

„Ein grundsätzlicher Streitpunkt mit dem Oberbürgermeister bleibt die Höhe des Altfehlbetragsabbaus. Wir sind der Meinung, dass ein ausgeglichener Haushalt, die schwarze Null am Ende, Priorität hat. Im Laufe des Haushaltsjahres ist mit einem steigenden Überschuss zur Schuldentilgung zu rechnen. Vorwegausschüttungen oder Verkäufe in Größenordnungen sind nicht nachhaltig und verzerren das Bild unserer finanziellen Leistungsfähigkeit.“ Karsten Steffen kritisierte in seiner Rede, dass der Oberbürgermeister mit seinen notorischen Widersprüchen den Haushalt blockiere und nicht zu seinem Wort steht, auch einen ausgeglichenen Haushalt ohne größeren Altfehlbetragsabbau vor dem Innenministerium zu vertreten. Er gab auch zu bedenken, dass die Sperrung sämtlicher freien Stellen (Antrag von 5 Fraktionen ohne LINKE.) ein Hindernis für die Zukunft darstellt. In den nächsten 10 Jahren müssen nämlich ca. 600 Stellen neu besetzt werden, um das Ausscheiden von Mitarbeiter/innen aus Altersgründen zu kompensieren. Nur bei einem Änderungsantrag zum Haushalt gab es ein anderes Abstimmungsergebnis als auf der Bürgerschaftssitzung im März. Der auf Initiative der LINKEN und vom Ausschuss für Stadtentwicklung eingereichte Änderungsantrag sollte mit 10.000 Euro die Gründung von Verschönerungsvereinen in den Stadtteilen unterstützen. Da die SPD diesmal mehrheitlich gegen diesen Antrag stimmte und sich nicht enthielt wie im März, scheiterte dieses Vorhaben. Desweiteren beriet die Bürgerschaft über die Problematik der Abwasserbeseitigung in Kleingärten. Dazu hatte DIE LINKE. einen Antrag eingebracht, der auf Kleingartenanlagen bezogene Konzepte vorschlägt, um die soziale, finanzielle und altersbedingte Situation der Rostocker Kleingärtner

zu berücksichtigen. Denn zurzeit liegen bereits über 2500 Widersprüche gegen die Abwasserbescheide vor. Eva-Maria Kröger sagte: „Wir verbinden die ökologische Forderung mit der sozialen Frage. Deshalb wollen wir eine Lösung, die eine ökologische Abwasserentsorgung ermöglicht, die Kleingärtner aber nicht dazu zwingt, ihre Gärten aufzugeben.“ In einer heftigen und zum Teil auch unsachlichen Debatte, warfen andere Fraktionen der LINKEN vor, Lobbyarbeit zu betreiben und rechtswidrige Forderungen zu stellen. So wurde von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN u. a. behauptet, dass soziale Belange nach der Gesetzeslage überhaupt nicht berücksichtigt werden können. Es ist zu vermuten, dass bei den Grünen der Inhalt einer Vereinbarung zwischen Landwirtschaftsministerium und dem Landesverband der Gartenfreunde M-V noch nicht angekommen ist. Die sieht nämlich vor, dass nach Vorlage von anlagenbezogenen Konzepten, Ausnahmeregelungen bis über das Jahr 2013 erlaubt werden. Der Antrag der LINKEN wurde abgelehnt. Ein von der SPD eingereichte Antrag, der ebenfalls eine „sozial verträgliche“ Lösung vorschlägt wurde angenommen. Nach vielen Schwierigkeiten und externer Hilfe konnte die Bürgerschaft nun endlich auch den verspäteten Wirtschaftsplan 2011/2011 für das Volkstheater beschließen und das Vermögen auf die Theater GmbH übertragen. Eva-Maria Kröger, selbst Mitglied im Aufsichtsrat der GmbH: „Mit dem vorliegenden Wirtschaftsplan sind wir dem Ziel, das Volkstheater wirtschaftlich solide zu führen, einen Schritt näher gekommen. Mit der Übertragung des Eigentums auf die Theater GmbH wächst auch die Verantwortung der Theaterleitung. Künstlerisch und wirtschaftlich muss alles für unser Theater getan werden, damit es uns erhalten bleibt.“ In einer mehrheitlich beschlossenen Erklärung fordert auch DIE LINKE den sofortigen Ausstieg aus der Laufzeitverlängerung und die Abschaltung der sieben ältesten Meiler. „Das ist der

erste Schritt, um die Nutzung von Atomenergie endlich zu beenden. Allerdings sollten Erneuerbare Energien so finanziert werden, dass sich alle ein ökologisches Verhalten auch leisten können. Wir wollen 100% Prozent sauberen Strom, doch ohne teure Monopole, sondern unter demokratischer Kontrolle über den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das ist unser politischer Anspruch. Die Stadtwerke Rostock haben bereits Vorbildwirkung, weil sie Null Energie aus Atomkraft oder fossilen Brennstoffen liefern. Als Stadtfraktion stellen wir gemeinsam mit SPD und Grünen diesen Antrag, der als Forderung und Botschaft der Hansestadt Rostock an die Bundesregierung gerichtet ist.“ Sagte Eva-Maria Kröger. Der CDU-Antrag, den Brinckman-Brunnen nach Prüfung auf den neu zu gestaltenden Kröpeliner-Tor-Vorplatz zu stellen, scheiterte. Günter Althaus sagte in seiner Rede dazu: „Für mich sind John-Brinckman-Schule, Schweizer Wald und John-Brinckman-Brunnen die drei wesentlichen identitätsstiftenden Merkmale Kassebohms. Alle drei sind unverzichtbar. Wenn hier jemand die Meinung vertritt, der John-Brinckman-Brunnen käme im jetzt über 8.000 Einwohner zählenden Brinckmansdorf am Weißen Kreuz zu wenig zur Geltung, so gibt es dafür einen einfachen Grund. Der Platz, auf dem der Brunnen steht, bedarf dringender Sanierung, um zu einem längeren Aufenthalt einzuladen. Auch hier ist also ein Sanierungskonzept notwendig.“

Text: Maren Haase





## Veranstaltungen

VVN-BdA und Rosa-Luxemburg-Stiftung luden am 8. März nach Evershagen ein, um **100 Jahre Frauentag** zu feiern. Im Mittelpunkt stand dabei das Leben von Clara Zetkin. Zu sehen gab es eine Dokumentation des MDR (die im Publikum mit gemischten Gefühlen aufgenommen wurde), zu hören einen Vortrag von Christine Gohsmann. Höhepunkt des Nachmittags waren aber Anekdoten aus der Geschichte Rostocks, dargeboten von der unvergleichlichen Marianne Löpp.

Foto: Carsten Penzlin



Am 19. März setzten etwa 500 Rostocker ein Zeichen für einen möglichst raschen **Ausstieg aus der Atomtechnologie**. Nach einer Andacht in der Marienkirche warnten die Rednerinnen und Redner eindringlich vor den Gefahren der Kernkraft. Unser Landesvorsitzender Steffen Bockhahn kritisierte bei diesem Anlass die undurchsichtige Politik der Bundesregierung in Sachen Lubmin.

Foto: Carsten Penzlin

Am 14. März las Professor Gert Wendelborn auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Südstadt aus seinen Erinnerungen **„Christentum und Sozialismus“**. Herr Wendelborn wird den meisten Rostocker Genossen als herausragende Persönlichkeit des Rostocker geistigen Lebens bekannt sein. Dementsprechend interessant und unterhaltsam war die Lesung.

Foto: Carsten Penzlin



## Am 26. Mai 2011 findet das VII. Altenparlament – MV im Schloss zu Schwerin statt.

Seit 12 Jahren wird alle 2 Jahre ein Altenparlament in Mecklenburg - Vorpommern einberufen. Das erste Altenparlament fand 1999 als Höhepunkt des „Internationalen Jahres der Senioren“ statt. Die Delegierten vertreten kommunale Seniorenbeiräte, den Vorstand des Landes-seniorenbeirats, die Seniorenverbände der Parteien und Gewerkschaften, die Senioren und Sozialverbände, die Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtsverbände, die Kirchen sowie Vereine und Verbände, die sich ebenfalls mit Seniorenpolitik und -arbeit befassen. Das Ziel des Altenparlaments ist die Verbesserung der politischen Meinungsbildung in der älteren Generation. Aufgrund ihrer Lebenserfahrung vertreten die älteren Bürger nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern auch das Gemeinsame aller Generationen in MV. Im Mittelpunkt der Bemühungen des Altenparlaments stehen die berechtigten Forderungen nach einer solidarischen Gemeinschaft der Generationen, nach einer Gesellschaft, die soziale Integration und aktive Mitbestimmung als ein Aufgabe un-

abhängig vom Alter versteht. Das Bewusstsein und die Bereitschaft, an diesem gesellschaftlichen Ziel mitzuwirken, müssen aus der Kommunikation der Generationen miteinander wachsen. Die Senioren sollten unbedingt in diesem gesellschaftlichen Prozess mit einbezogen werden, da sie mit zunehmenden Alter umfassende und vielseitige Erfahrungen gesammelt haben und deshalb als kostbare Ressourcen in unserer Partei und auch in der Gesellschaft wahrgenommen werden sollten. Genossinnen und Genossen, irgendwann im Laufe seines Lebens stellt sich jeder einmal die Frage: Wie werde ich wohnen und wie möchte ich leben, wenn ich alt bin? Welche Veränderungen wird das Alter für mich bringen? Was möchte ich mit meiner mehr gewonnenen Freizeit tun? Wer kümmert sich um mich, wenn ich Hilfe und Pflege benötige? Mit diesen Themen haben sich alle bisherigen Altenparlamente befasst. Es gilt immer wieder dicke Bretter zu bohren. Im Jahre 2010 wurde endlich eine langjährige Forderung der Altenparlamente verwirklicht, auch in MV ein Seniorenmitwirkungsgesetz zu beschließen. Nun muss es in den Städten und Gemeinden mit Leben erfüllt werden.

Das VII. Altenparlament wird sich in drei Arbeitskreisen mit folgenden Schwerpunkten befassen:

AK 1 - Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg - Vorpommern - notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung, AK 2 - Moderne Wohnformen im Alter in MV, AK 3 - Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerliche Engagement. Genossinnen und Genossen es gab bisher kein Altenparlament, das sich nicht mit der Frage der Rentenangleichung Ost/West befasste. Deswegen kommt auch das VII. Altenparlament an dieser Frage nicht vorbei. 71 Delegierte, darunter auch zwei Genossen aus der LAG Seniorenpolitik - MV DIE LINKE werden an den Beratungen des VII. Altenparlament teilnehmen.

K- L. Spengler Vorsitzender der AK Seniorenpolitik HRO

## Ostrenten: Nicht reden sondern handeln, Herr Sellering!

Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) fordert von der Bundesregierung einen Gesetzesentwurf, der auf die Angleichung der Renten in Ost und West abzielt. Gestern erinnerte er Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) daran, entsprechend ihrer Äußerungen zur Bundestagswahl, endlich zu einer Lösung zu kommen. Steffen Bockhahn, Landesvorsitzender der LINKEN in M-V, schlägt Sellering eine Bundesratsinitiative vor:

„Sofern Herr Sellering Rentengerechtigkeit will, ist verwunderlich, dass die SPD bislang alle Initiativen der LINKEN diesbezüglich abgelehnt hat. Auch die Abgeordneten aus M-V haben im Bundestag gegen die Anträge der LINKEN gestimmt. Herr Sellering könnte den konkreten Vorschlag zur Angleichung der Renten selbst einbringen, statt ergebnislose Forderungen nach Berlin zu senden. Mittels einer Bundesratsinitiative hat er die Möglichkeit, auf die Bundesgesetzgebung Einfluss zu nehmen. Ein Antrag unseres Landes, ge-

meinsam mit den rot-rot regierten Ländern Berlin und Brandenburg, genügt, um Gesetzentwürfe beim Deutschen Bundestag einzubringen. Herr Sellering sollte handeln statt zu fordern und einen Antrag vorbereiten. Als LINKEN sind wir dabei, wenn der Ministerpräsident bestehende Ungerechtigkeiten endlich beseitigen will. Denn mit der CDU werden diese Pläne vermutlich nicht realisierbar sein.“

»... für den Arzt wird der Kranke so nur noch der Kunde. Den er für Geld repariert. Und der Priester verkauft seinen Zuspruch...«

Berto Brecht, DAS MANIFEST  
entgegen der Natur des Menschen  
Textfassung: g. Hilar, ros Wolkowitz

**GESUNDHEIT IST KEINE WARE.  
DIE LINKE.**

**Regine Lück: Landtagsrede vom 14.4.2011**

## **Energiewende durch Energieeinsparung – Mehrbelastung von Mieterinnen und Mietern verhindern**

Vor einem Monat erschütterte eine Abfolge katastrophaler Ereignisse in Japan die Welt, die niemand für möglich hielt. Ausmaß und Folgen sind noch immer nicht abzusehen und die Erde bebt weiter. Unsere Solidarität gilt dem japanischen Volk, das unfassbares Leid erträgt und dessen Leben sich für immer verändert.

Schlagartig sorgten diese Ereignisse dafür, dass die Energiewende in aller Munde ist. Sie ist nicht mehr aufzuhalten und es darf nicht verzögert, sondern muss konsequent vorangetrieben werden. Und dazu gehört an erster Stelle Energie einzusparen. Da 40 Prozent des Endenergieverbrauchs auf den Gebäudebereich entfallen, liegen hier die größten Klimaschutzpotenziale, welche kurzfristig und mit relativ geringem volkswirtschaftlichem Aufwand zu erreichen möglich sind.

Die ostdeutschen Länder und besonders Mecklenburg-Vorpommern sind im Vergleich zu den alten Bundesländern gut aufgestellt. Der Wärmeenergieverbrauch des Wohnungsbestandes im Land liegt deutlich unter dem anderer Bundesländer. Die Investitionen in den Gebäudebestand der letzten 20 Jahre zahlen sich aus.

Viele private, genossenschaftliche und kommunale Wohnungseigentümer haben in der Vergangenheit schon investiert, doch ist für die Zukunft noch viel zu tun. So sind einige der Gebäude, die in den 90er Jahren saniert oder neu gebaut wurden in energetischer Hinsicht schon veraltet.

Desweiteren gibt es viele unsanierte Gebäude, die wahre Energiefresser sind. Private Eigentümer nehmen die Förderung über die Kreditanstalt für Wiederaufbau gut an und das Programm „Energieeffizient Sanieren“ führt seit April 2009 das bisherige „CO2-Gebäudesanierungsprogramm“ weiter. Nach eigenen Angaben wurden KfW-Mittel seit Beginn der Förderung 1990 bis Ende 2009 bei mindestens 3,1 Mio. Wohnungen in Form von zinsgünstigen Darlehen und Zuschüssen



für Maßnahmen der Energieeinsparung und der CO2-Reduktion eingesetzt. Damit nimmt die energetische Sanierung über die KfW Bankengruppe eine Schlüsselstellung zum Erreichen der Klimaschutzziele ein. Mit einer Verstetigung auf jährlich 2 Millionen Euro, damit auf das Niveau von 2009, würde die Chance bestehen, den Wärmebedarf bis 2020 um 20 Prozent zu senken.

In einer Kampagne „Impulse für den Wohnungsbau“ haben sich Verbände der Bau- und Immobilienbranche sowie die IG BAU und der Deutsche Mieterbund zusammengeschlossen und eine Studie „Gebäude-Checks“ vorgestellt. Kriterien dieser bundesweit durchgeführten Studie waren flexible Grundrisse, Barrierefreiheit und der Energieverbrauch. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass mehr als jedes zehnte Wohnhaus in Deutschland nicht mehr wirtschaftlich zu sanieren ist. Ein Abriss und der anschließende Neubau kommen häufig günstiger als Umbau und Vollmodernisierung. Ich erwarte, dass von der Landesregierung geprüft wird, ob Schlussfolgerungen aus dieser Studie für die Wohnraumförderung im Land gezogen werden müssen.

Es ist durchaus üblich, dass Bundesländer mit Landesbanken mittels Bürgschaften Investitionen unterstützen. Mecklenburg-Vorpommern verfügt über keine Landesbank mehr, was angesichts der Schieflage einiger Landesbanken auch gut ist. Dennoch rege ich an zu prüfen, ob das Land in Form von Bürgschaften oder anderer Garantien Investition zur Energieeinsparung, insbesondere von Kommunen mit angespannter Haushaltslage, unterstützen kann.

Mindestens vier gute Gründe sprechen dafür:

- der Klimaschutz,
- die Einsparung von Kosten,
- die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und
- die Steuereinnahmen.

Die gegenwärtig in der ganzen Gesellschaft geführte Debatte um die Energiewende darf nicht missbraucht werden für eine parteipolitische Profilierung.



# Humanistischer Verband

## Der HVD: eine Stimme der religionsfreien Humanisten.

Wenn in unserem Bundesland Eltern ihr Kind zur Einschulung bringen, werden sie bereits vor Beginn der 1. Klasse gefragt, ob ihr Kind am Religionsunterricht oder am Ersatzunterricht „Philosophieren mit Kindern“ teilnehmen wird. Während der gesamten Schulzeit werden die sonst gemeinsam lernenden Kinder in zwei Gruppen gespalten, und zwar ausgerechnet auf Grund ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung. Der Humanistische Verband Deutschlands (HVD) arbeitet dafür, dass diese auf Dauer schädliche Praxis beendet wird.

Der HVD-MV beteiligt sich darum aktiv an der Initiative „Pro LER MV“ für ein allgemeinbildendes Pflichtfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde“ für alle Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern. Wichtig ist für uns dabei, dass alle Schülerinnen und Schüler in diesem Fach gemeinsam lernen, über weltanschauliche und religiöse Unterschiede hinweg miteinander zu wichtigen Lebensfragen ins Gespräch zu kommen. Die Partei „Die Linke“ in Mecklenburg-Vorpommern hat auf Initiative von Regine Lück und Andreas Bluhm vor kurzem be-

schlossen, sich für die Einführung dieses Unterrichtsfaches einzusetzen.

Weil der HVD vollkommen unabhängig von Parteien oder eventuellen Geldgebern entsprechend seinen Grundprinzipien

- Weltlichkeit
- Selbstbestimmung
- Individualität
- Solidarität
- Toleranz
- Kritik an Dogmen und letzten Wahrheiten

aufzutreten kann und will, vertritt er seine Standpunkte immer gleichbleibend ohne taktische Abstriche.

In unserem Parteiensystem können Parteien das nicht immer. Sie müssen im Rahmen von Koalitionen und Bündnissen Kompromisse eingehen. Umso wichtiger ist es, dass neben den Parteien unabhängige gesellschaftliche Kräfte wie der HVD stehen, die nach vorne drängen.

Wir wünschen uns noch mehr Mitglieder in unserem Landesverband, die dort, wo sie leben und arbeiten, bei den Gelegenheiten, die sich bieten und mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, unsere gemeinsam im Verband besprochenen Anliegen voranbringen.

Außer der oben bereits dargelegten Einführung von LER sind weitere Anliegen z.B. die auf Selbstbestimmung gegründete Patientenverfügung oder die Trennung von Staat und Kirche, die in Deutschland nur unzureichend verwirklicht ist.

Alle Privilegien, welche die beiden bevorzugten Kirchen in großem Maße vom Staat erhalten, widersprechen dem Gebot der Gleichberechtigung aller Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften und müssen ein Ende finden.

Wir lassen uns dabei nicht unterstellen, dass wir Gläubige nicht respektieren. Im Gegenteil. Wir setzen uns gerne gemeinsam mit ihnen für Gerechtigkeit, Solidarität, Bildung und Transparenz in unserer Gesellschaft ein.

Wenn Sie unser Verband interessiert, lesen Sie Weiteres auf den Webseiten [www.hvd-mv.de](http://www.hvd-mv.de) und [www.pro-ler-mv.de](http://www.pro-ler-mv.de). Oder schreiben Sie uns:

HVD Humanisten Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Ziegeleiweg 12  
19057 Schwerin

Jochen Stopperam, Vorstand HVD MV  
Regine Lück, Mitglied HVD MV

## Humanist und Chefredakteur

Viele Jahre (keiner weiß wie lange wirklich) hat Wolfgang Bergt als Chefredakteur das Gesicht dieser Zeitung geprägt. Neben seinen immensen beruflichen Verpflichtungen rackerte er sich für den Klartext ab. Dafür sei ihm an dieser Stelle unser tief empfundener Dank ausgesprochen. Vor kurzem feierte er seinen 60. Geburtstag (herzlichen Glückwunsch nochmal), nun widmet er sich neuen beruflichen Herausforderungen. Viel Spaß dabei und alles Gute für den weiteren Lebensweg!



# Lesermeinungen



## Liebe Freunde vom Klartext,

als ich die Märzausgabe am 4. April in meinem Briefkasten fand und darin das Blatt mit den Brecht-Gedichten sah, freute ich mich als Liebhaber und Anhänger des großen B. B. richtig.

Über dem Blödsinn des Guttenberggrummels, dem Gehirnvernebelungsapparat des Westerwelle-FDP-Medienkonzerns und der irrationalen Angstterrorkampagne der im medialen Höhenrausch befindlichen Grünen stehen die einfachen und klaren, logischen und realitätsbezogenen Worte des größten proletarischen deutschen Dichters des 20. Jahrhunderts.

Man muß sie nur hören und lesen, dann wird man sie verstehen. Und, wer will, kann danach handeln.

Für eine weitere Folge von Brechtgedichten schlage ich der brennenden Aktualität wegen Euch vor, diese beiden Verse aus Brechts „Lied vom Klassenkampf“ abzudrucken:

Denn wir sind Klassenfeinde,  
was man uns auch immer sagt:  
Wer von uns nicht zu kämpfen wagte,  
der hat zu verhungern gewagt.  
Wir sind Klassenfeinde, Trommler!  
Das deckt dein Getrommel nicht zu!  
Fabrikant, General und Junker –  
unser Feind, das bist du!  
Davon wird nichts verschoben,  
da wird nichts eingerenkt!  
Der Regen fließt nicht nach oben,  
und das sei ihm auch geschenkt!

\*

Da mag dein Anstreicher streichen,  
den Riß streicht er uns nicht zu!  
Einer bleibt und einer muß weichen,  
entweder ich oder du.  
Und was immer ich auch noch lerne,  
das bleibt das Einmaleins:  
Nichts habe ich jemals gemeinsam  
der Sache des Klassenfeinds.  
Das Wort wird nicht gefunden,  
das uns beide jemals vereint!  
Der Regen fließt von oben nach unten.  
Und du bist mein Klassenfeind.

(Aus: Bertolt Brecht, Hundert Gedichte,  
Aufbau-Verlag Berlin 1958)

Mit freundlichen Grüßen an die Redaktion

Manfred Adam

**DIE LINKE.**

„Yeaahh!“



## Macht es auf!

Ida Schillen im Gespräch über das Volkstheater Rostock

Das Große Haus des Volkstheaters wurde Ende Februar völlig unvorbereitet wegen Brandschutzmängeln geschlossen. Wie schätzen Sie die Situation ein?

Ida Schillen: Die baulichen Mängel müssen so schnell wie möglich beseitigt werden. Der Finanzbedarf hierfür ist überschaubar. Für die Bauzeit müssen angenehme Ersatzspielstätten organisiert werden. Sonst geht das Stammpublikum verloren.

Was ist jetzt zu tun?

Ida Schillen: Jetzt ist Solidarität mit dem Theater gefragt. Das Ensemble braucht Sicherheit und die volle Rückendeckung aus dem Rathaus. Fehlentscheidungen wie die Privatisierung in eine GmbH müssen rückgängig gemacht werden, denn die GmbH ist ein hoher Risikofaktor. Ständig schwebt das Damoklesschwert der Insolvenz über der GmbH und eine Kürzungsdebatte jagt die andere. Freie Stellen müssen endlich mit Theaterfachleuten besetzt werden. Mit der Landesregierung muss ausgehandelt werden, dass die Finanzierung gesichert wird und es eine Art

Moratorium für das Volkstheater gibt. Die Pläne für einen Theaterneubau müssen noch in diesem Jahr mit einem Architekturwettbewerb vorangetrieben werden.

Was halten Sie von den Diskussionen um Fusionen und Beispieltheater?

Ida Schillen: Gar nichts. Das sind kulturfeindliche Debatten, die auf Kahlschlag in der Kunst und Kultur abzielen. Wer von Synergieeffekten spricht, meint damit Stellenabbau. Als LINKE wollen wir, dass die vorhandenen großen und kleinen Theater in M-V gestärkt werden und zwar mit allen Ensembles einschließlich der Orchester.

## 65. Jahrestag des Kriegsverbrecherprozesses

Der Gedanke, mit Hitler und den Hauptverantwortlichen des NS-Regimes „kurzen Prozess“ zu machen, wurde in den Jahren des Zweiten Weltkrieges intensiv erörtert. Durchgesetzt hat sich der Plan, alle deutschen Regierungsmitglieder und Militärs, die an der Vorbereitung und Durchführung des Angriffskrieges vom 1. September 1939 und dem heimtückischen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 beteiligt waren, vor ein Internationales Militärgericht zu stellen. Der Prozess sollte ein weltweites Achtungssignal setzen, dass keine Regierung der Welt ungestraft einen Angriffskrieg inszenieren und führen darf. Diese Problematik ist gegenwärtig besonders aktuell.

Als Referent ist der Historiker Dr. Günter Wehner (Jahrgang 1932) eingeladen, der aus Anlass des 65-jährigen Jubiläums der Kriegsverbrecherprozesse diese Veranstaltung gestalten wird. Günter Wehner arbeitete ursprünglich als Dreher, bevor er in Greifswald Geschichte und Germanistik studierte. Im Jahr 1978 stellte er seine Dissertation zum Thema: „Antifaschistischer Widerstand in Hennigsdorf“ fertig. Bis 1993 war er Leiter des Traditionskabinetts „Antifaschistischer Widerstand in Berlin – Prenzlauer Berg“ und arbeitet derzeit als Autor am Projekt „Biographisches Lexikon deutscher Widerstand gegen das NS-Regime in Berlin

1933 – 1945“ mit.

Während der Veranstaltung zeigen wir darüber hinaus einen 18-minütigen Film, in dem die wichtigsten Momente der Nürnberger Prozesse festgehalten sind.

Eine gemeinsame Veranstaltung von Rostocker Friedensbündnis, VVN-BdA – Basisorganisation Rostock, Rosa-Luxemburg-Stiftung M-V, Soziale Bildung e.V. Am 12.5. um 20 Uhr im Peter-Weiss-Haus.

## Landtagswahlprogramm

Auf dem letzten Kreisparteitag forderten Delegierte mehr Gelegenheit zur Diskussion unseres Landtagswahlprogramms. So nahmen sich der Kreisvorsitzende, sein Stellvertreter und der Kreisgeschäftsführer zwei Stunden Zeit, um sich mit etwa zehn Genossinnen und Genossen über mögliche Verbesserungen auszutauschen.

Beklagt wurde in der Gesprächsrunde beispielsweise das Übermaß an Fachterminologie, stattdessen wünschte man sich eine populärere Sprache mit möglichst wenig englischen Ausdrücken. Diesem Anliegen wird der überarbeitete Entwurf des Programms schon mehr gerecht. Gleiches gilt für die Rückwärtsgewandt-

heit der Einleitung. Der mehrmalige Hinweis auf den Bruch mit der „parteikommunistischen Praxis“ der DDR war zwar richtig, aber für die Wahl 22 Jahre nach dem Fall der Mauer doch wohl kaum mehr relevant. Dies wurde von jungen und älteren Genossen gleichermaßen so gesehen. Eine nachvollziehbare Forderung ist jene nach Abgrenzung von unseren politischen Wettbewerbern, auch wenn sie mögliche Koalitionspartner sind. „Wir sind die LINKEN, das wollen wir!“ - das müsse das Leitmotiv im Wahlprogramm sein. Forderungen sollten aber finanziell unterfüttert werden, auf Versprechungen, die wir nicht einhalten können, müsse verzichtet werden.

Es wurde noch vieles mehr angesprochen und nach Schwerin weitergeleitet. Der Entwurf des Landtagswahlprogramms wurde am 9. April auf dem Landesparteitag zur Abstimmung gestellt und dort einstimmig verabschiedet.

Das Landtagswahlprogramm ist beim Kreisvorstand erhältlich, wo es vom Kreisgeschäftsführer ausgedruckt werden kann. Genossen mit eigenem Internetanschluss sind aufgerufen, sich das Programm selber auszudrucken: [www.originalsozial.de](http://www.originalsozial.de).

Carsten Penzlin

# Termine aus HRO, GÜ und DBR

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum	
So	7. Mai. 2011	9:30Uhr	Ehrengedenken	Güstrow	sowjet. Ehrenmal
So	8. Mai. 2011	10:00 Uhr	Tag der Befreiung	Rostock	Puschkinplatz
Mo	9. Mai. 2011	10:00 Uhr	Stolpersteinlegung mit MdL Regine Lück	Rostock	Schnickmannstr. 9
Mo	9. Mai. 2011	18:15 Uhr	Ehrengedenken	Bad Doberan	Ehrenmal am Bachgaretn
Di	10. Mai. 2011	20:00 Uhr	Stammtisch Junge LINKE	Rostock	"Gelbe Katze"
Di	10. Mai. 2011	18:00 Uhr	KV - Sitzung GÜ	Güstrow	Hansabad
Di	10. Mai. 2011	20:00 Uhr	Stammtisch Junge LINKE	Rostock	"Gelbe Katze"
Mi	11. Mai. 2011	15:00 Uhr	Beratung Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Mi	11. Mai. 2011	17:00 Uhr	Beratung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mi	11. Mai. 2011	16:00 Uhr	Beratung der BO-Vorsitzenden	Güstrow	Hansabad
Mi	11. Mai. 2011	15:00 Uhr	Beratung Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Mi	11. Mai. 2011	17:00 Uhr	Beratung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Do	12. Mai. 2011	18:00 Uhr	Foyergespräche im Gewerkschaftshaus - im Podium MdL Regine Lück	Rostock	Gewerkschaftshaus
Fr	13. Mai. 2011	15:00 Uhr	Klausur des KV Rostock	Rostock	Stephanstraße 17
Mo	16. Mai. 2011	15:00 Uhr	Bürgersprechstunde MdL Regine Lück	Rostock	SBZ Dierkow
Mo	16. Mai. 2011	18:00 Uhr	Fraktionssitzung Bürgerschaft	Rostock	Rathaus, BR 2
Mi	18. Mai. 2011	16:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaft	Rostock	Rathaus
Sa	21. Mai. 2011	9:00 Uhr	Kreisparteitag KV Doberan	Reinshagen	Gaststätte
Mo	23. Mai. 2011	18:00 Uhr	Buchlesung mit Sahra Wagenknecht	Rostock	MGH Lütten Klein
Mi	25. Mai. 2011	17:00 Uhr	Beratung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mi	25. Mai. 2011	15:00 Uhr	Beratung Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Do	26. Mai. 2011	13:00 Uhr	ISOR	Rostock	Stephanstraße 17
Sa	28. Mai. 2011	9:00 Uhr	Kreisparteitag KV Güstrow	Güstrow	Kreisverwaltung
Sa	28. Mai. 2011	15:00 Uhr	Delegiertenwahlkreisversammlung G DBR - GÜ	Güstrow	Kreisverwaltung
Mo	30. Mai. 2011	15:00 Uhr	Bürgersprechstunde MdL Regine Lück	Rostock	MGH Toitenwinkel
Mo	30. Mai. 2011	18:00 Uhr	Fraktionssitzung Bürgerschaft	Rostock	Rathaus, BR 2
Di	31. Mai. 2011	15:00 Uhr	IG Entrüstung	Rostock	Stephanstraße 17
Mo	6. Jun. 2011	19:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Bad Doberan	Geschäftsstelle
Mi	8. Jun. 2011	15:00 Uhr	Beratung Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Mi	8. Jun. 2011	17:00 Uhr	Beratung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Do	9. Jun. 2011	19:00 Uhr	"Arbeit und Leben im Dorf nach 2020" mit Prof.Dr. G. Henkel	Tellow	Thünengut
Di	14. Jun. 2011	20:00 Uhr	Stammtisch Junge LINKE	Rostock	"Gelbe Katze"
Di	14. Jun. 2011	18:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Güstrow	Hansabad
Mi	15. Jun. 2011	16:00 Uhr	Beratung der BO-Vorsitzenden	Güstrow	Hansabad
Do	16. Jun. 2011	18:00 Uhr	Auswertung der "Tellow Gespräche" und Geschichte der Bodenreform	Sanitz	Gemeinschaftshaus
Mo	20. Jun. 2011	18:00 Uhr	Fraktionssitzung Bürgerschaft	Rostock	Rathaus, BR 2
Mo	20. Jun. 2011	18:00 Uhr	Kreistagsfraktionssitzung	Bad Doberan	Kreisverwaltung
Mi	22. Jun. 2011	15:00 Uhr	Beratung Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Mi	22. Jun. 2011	17:00 Uhr	Beratung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Do	23. Jun. 2011	15:00 Uhr	Bürgersprechstunde MdL Regine Lück	Rostock	SBZ Dierkow
Di	28. Jun. 2011	15:00 Uhr	IG Entrüstung	Rostock	Stephanstraße 17
Mi	29. Jun. 2011	16:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaft	Rostock	Rathaus
Mi	29. Jun. 2011	15:00 Uhr	Kreistagssitzung	Bad Doberan	Kreisverwaltung
Mo	5. Jul. 2011	15:00 Uhr	Bürgersprechstunde MdL Regine Lück	Rostock	MGH Toitenwinkel

## Sahra Wagenknecht kommt nach Lütten Klein

„Die extreme Ungleichheit, die der globalisierte Kapitalismus hervorbringt, ist nicht nur ein soziales Desaster. Sie behindert Produktivität, Innovation und wirtschaftliche Dynamik“, sagt Sahra Wagenknecht. In ihrem neuen Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ plädiert sie für eine neue gerechtere Wirtschaftsordnung und sieht es als dringlichste Herausforderung, dass die Wirtschaft wieder kreativ und innovativ wird. Auf Einladung von Ida Schillen kommt Sahra Wagenknecht in den Rostocker Nordwesten (Mehrgenerationenhaus Lütten Klein, 23.5., 18 Uhr). Sie liest aus ihrem neuen Buch und diskutiert anschließend gemeinsam mit Ida Schillen und dem Publikum. Es besteht Gelegenheit, das Buch von Sahra Wagenknecht signieren zu lassen.

## „Stolperstein“- Legung

Es sind kleine „Gedenksteine“ im Bürgersteig der Stadt, auf denen ein Name, letzter Wohnort, Todesdatum und -ort eingraviert sind. Sie sollen an jene jüdischen Bürger erinnern, die während der Zeit des Faschismus im Konzentrationslager ums Leben kamen. Eingelassen wurden die Tafeln vor dem Haus, in dem sie zuletzt gelebt oder gewirkt haben.

Die „Stolpersteine“ sind ein bleibendes Zeichen der Erinnerungskultur: greifbar, schlicht, unaufdringlich und ein integraler Bestandteil des täglichen Lebens. Hinter jedem Stein steckt eine interessante, aber zumeist traurige Geschichte. Von den Faschisten verfolgt und deportiert, verlor ein Großteil der damaligen Rostocker jüdischen Gemeinde sein Leben im Konzentrationslager. Nur ganz Wenigen gelang die Flucht ins rettende Ausland und damit das Überleben des Holocaust.

Regine Lück spendete einen Stolperstein für Frau Emma Bernhard. Die Stolperstein-Einweihung findet am **Montag, den 9. Mai um 10Uhr in der Schnickmannstraße 9** statt. Besucherinnen und Besucher sind herzlich willkommen!



# Denkwürdiges im April

5. April 1931 Philipp Müller geb., später Mitglied der FDJ und der KPD, am 11. Mai 1952 in Essen bei einer Demonstration gegen die Wiederbewaffnung von der Polizei erschossen  
1951 Ethel und Julius Rosenberg werden wegen angeblicher Spionage für die UdSSR zum Tode verurteilt  
6. April 1941 Überfall der Wehrmacht auf Jugoslawien und Griechenland  
10. April 1991 in Eisenach läuft der letzte „Wartburg“ vom Band  
11. April 1961 Beginn des Eichmann-Prozesse in Israel  
1996 Beginn des Krieges Israels gegen den Süden Libanons  
12. April 1961 erster bemannter Welt- raumflug; der sowjetische Kosmonaut Juri Gagarin umrundet an Bord von „Wostok 1“ die Erde  
13. April 1951 Joachim Streich geb., DDR-Fußballer, Rekordnationalspieler und -torschütze  
14. April 1941 Landolf Scherzer geb., Schriftsteller („Der Erste“, „Fänger und Gefangene“, „Am Sarg der Sojus“...)  
15. April 1961 us-amerikanische Flug- zeuge bombardieren kubanische Flug- plätze in Vorbereitung der Invasion in der Schweinebucht, fünf Maschinen werden abgeschossen

1986 us-amerikanische Flugzeuge bombardieren die libyschen Städte Tripolis und Bengasi  
16. April 1886 Ernst Thälmann geb., 1903 Eintritt in die SPD, 1918 USPD, ab 1920 Mitglied der Kommunisti- schen Partei Deutschlands, ab 1925 deren Vorsitzender; im Gegensatz zu Stalins Auffassungen schlug er 1932 der SPD eine Einheitsfront „Antifa- schistische Aktion“ vor, im März 1933 verhaftet, ermordet am 17. August 1944 in Buchenwald  
19. April 1961 die Invasion in der Schweinebucht auf Kuba endet nach zwei Tagen mit der vollständigen Niederlage der Invasoren  
1971 die UdSSR startet mit Salut 1 die erste Raumstation  
21. April 1946 Beginn des Vereini- gungsparteitages von KPD und SPD in Berlin – Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands; gleich- berechtigte Vorsitzende werden Wilhelm Pieck und Otto Grothwohl  
26. April 1986 bis dahin weltweit schwerster Reaktorunfall in Tschernobyl, die ein Jahr vorher von Gorbatschow verkündete Glasnost-Politik wird „ausgesetzt“, es wird vertuscht und verschwiegen

# Up un Dal



**Gewinner:** Die vielen Autoren unse- res Programms zur Landtagswahl. Ihr Werk wurde einstimmig angenommen.

**Verlierer:** Die SPD. Die Parteiführung verzichtet auf den Ausschluss von Thi- lo Sarrazin und macht damit Rassis- mus gesellschaftsfähig.



## Bundeswehr raus aus Afghanistan!

**DIE LINKE.**

# Was macht eigentlich die AG Geschichte?

Die Programmdebatte „Woher wir kommen, wer wir sind“ ist abgeschlossen. Die AG Geschichte beschäftigt sich nun mit dem Thema Bodenreform. Was wollen wir damit erreichen? Wir wollen, dass das Thema im Landtagswahlkampf stärker berücksichtigt wird. Wir betrachten die Bodenreform unter zwei Ge- sichtspunkten:

1. Kein Neubauernland in Spekulantenhand (Un- gerechtigkeiten mit den Erben der Bodenreform, Bevorteilung der Alteigen- tümer durch die BVG). Wir würden uns auch über eine heiße Diskussion hie- rüber im Klartext freuen.

2. Die geschichtliche Auf- arbeitung der Bodenre-

form. Eine Veranstaltung zum Thema ist in Planung! Bis demnächst!

Im Namen der AG Geschichte:  
Ralf Malachowski (Sprecher)



## Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die fol- genden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schi- cken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. In welchen Bundesländern hat es die LINKE wieder nicht in den Landtag ge- schafft?
2. Wer ist der Spitzenkandidat der LINKEN M-V bei der Landtagswahl am 4.9.?

Den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buch- handlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redak- tionsmitglied oder an eine der drei Kreis- vorstände Rostock, Güstrow oder Bad Do- beran.

**Einsendeschluss ist der 31.05.2011.**